

## **Bericht des Landrates auf der Kreistagssitzung am 07.12.2016**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
werte Damen und Herren Abgeordnete,  
liebe Gäste!

Ein Thema, das uns in der letzten Zeit mehrfach beschäftigt hat und sicher auch in Zukunft beschäftigen wird, ist der Breitbandausbau.

Um mit Hilfe des Förderprogramms des Bundes die noch verbliebenen „weißen Flecken“ im Landkreis erschließen zu können, musste ein entsprechender Antrag gestellt werden. Heute kann ich Ihnen berichten, dass es uns auf Grundlage Ihres Beschlusses auf der letzten Kreistagssitzung gelungen ist, den Förderantrag für den weiteren Breitbandausbau im Landkreis Uckermark fristgemäß am 28. Oktober einzureichen. Der Antrag liegt nun dem Bund zur Prüfung vor. Für Ihre Unterstützung, ohne die dies nicht möglich gewesen wäre, möchte ich mich recht herzlich bedanken.

Die Uckermark gehört damit zu insgesamt nur 5 brandenburgischen Landkreisen und einer kreisfreien Stadt, die sich an dieser Förderrunde beteiligen.

Zielstellung des Bundesprogramms ist es, für alle Haushalte eine zuverlässige Bandbreite von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu gewährleisten. Aktuell erreichen wir nur für rund 52 Prozent aller Haushalte in der Uckermark diese Zielmarke.

Um die Breitbandversorgung zu verbessern, wollen wir die schnellen Glasfaserkabel näher zu den Haushalten bringen. Entsprechend unserer erstellten Planung sollen deshalb 445 km Glasfaserkabel neu verlegt und 157 sogenannte Kabelverzweiger errichtet werden.

Zusätzlich zu diesen öffentlich geförderten Ausbauplanungen liegen uns auch nicht geförderte Eigenausbauzusagen der Privatwirtschaft vor, die nochmals ungefähr die gleiche Größenordnung erreichen.

Aufgabe unseres Planungskonzeptes war es auch, die für den Ausbau notwendigen Investitionskosten zu ermitteln. So wären rund 41,5 Mio. Euro für den uckermarkweiten Ausbau aufzuwenden. Abzüglich der prognostizierten Einnahmen in den nächsten 7 Jahren verbleibt eine sogenannte Wirtschaftlichkeitslücke von rund 38,6 Mio. Euro, für die nun eine Finanzierung sichergestellt werden muss.

Gemäß den Vorgaben der Förderrichtlinie haben wir eine Bundesförderung von 50 % beantragt. Das Land ist mit einem Anteil von 40 % geplant. Hier kann ich Ihnen mitteilen, dass uns bereits eine Förderzusage des Wirtschaftsministeriums vorliegt.

Von Seiten des Zuwendungsempfängers, also des Landkreises, ist ein Eigenanteil von 10 % darzustellen. In Summe sind dies rund 3,8 Mio. Euro. Mit den kreisangehörigen Kommunen wurden Gespräche mit dem Ziel aufgenommen, den zehnpromzentigen Eigenanteil je zur Hälfte auf den Landkreis und die Gemeinden aufzuteilen.

Die nächsten Arbeitsschritte hängen nun von der Bewilligung des Bundes ab. Entsprechend der bisherigen Erfahrungswerte ist erst Ende Februar/ Anfang März 2017 mit einem Ergebnis zu rechnen.

Sofern der Bund seine Zustimmung gibt, wären im 2. und 3. Quartal des Jahres 2017 vor allem die langwierigen, europaweiten Ausschreibungsverfahren zu bewältigen. Zudem würden im 4. Quartal aufseiten des in Folge dann ausgewählten Ausbauunternehmens weitere Detailplanungs- und Genehmigungsarbeiten anstehen.

Der Schwerpunkt des Jahres 2018 würde dann bei der baulichen Durchführung des Breitbandausbaus liegen. Bis Ende 2018 soll der Breitbandausbau abgeschlossen sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

um sehr viel Geld geht es auch beim folgenden Thema, über das ich Sie informieren möchte, das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, das am 30.06.2015 in Kraft getreten ist.

Danach gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen im Umfang von insgesamt 3,5 Milliarden Euro. Die Hilfen sind zur Durchführung von Investitionen in die kommunale Infrastruktur in den Jahren 2015 bis 2018 bestimmt und können bis zum Jahr 2019 abgerufen werden. Auf das Land Brandenburg entfallen daraus insgesamt knapp 108 Millionen Euro (107.947.000 €).

Den Ländern obliegt die Umsetzung in ihrem jeweiligen Hoheitsbereich.

Für den Landkreis Uckermark ist demnach eine Fördersumme von ca. 5,3 Millionen Euro (5.327.200 €) vorgesehen. Die Eigenmittelbeteiligung der Kommunen wurde auf mindestens 10 % festgelegt. Damit wird der Landkreis Uckermark mit seinen Eigenmitteln insgesamt 5,9 Mio. € einsetzen.

Der Kreistag Uckermark hat vor fast genau einem Jahr, am 9.12.2015, die Maßnahmen beschlossen, für die eine Verwendung der Mittel erfolgen soll.

Und so zeigt sich der aktuelle Stand für die Umsetzung dieses Programms in der Uckermark:

Erfreulicherweise konnte bereits am 24.11.2016 die 900 Meter lange Ortslage im Ortsteil Neuhoof der Stadt Angermünde mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 1 Mio.€ nach einem Ausbau in 2 Bauabschnitten in 2015 und 2016 fertiggestellt werden. Dabei erhielt der 1. Bauabschnitt eine ca. 50 prozentige Förderung aus dem Kommunalen Straßenbauprogramm des Landes Brandenburg und der 2. Bauabschnitt konnte mit ca. 90 % Co-Finanzierung aus dem Bundeskommunalinvestitionsförderungsgesetz abgesichert werden.

Vor wenigen Tagen hat der Kreisausschuss nach europaweiter Ausschreibung auch die Vergabe der Planungsleistungen für das Bauvorhaben an der Oberschule

„Philipp Hackert“ Prenzlau bestätigt. Hier sollen in 2017 und 2018 ca. 2,6 Mio. Euro eingesetzt werden.

Auch für die Vorhaben zur energetischen Verbesserung am Schulstandort der Willy-Gabbert-Schule in Templin laufen inzwischen die Planungsarbeiten. Wir rechnen hier mit einer Umsetzung der ca. 480.000 Euro im Sommer 2017. Die anderen sieben Vorhaben befinden sich in der weiteren planungsseitigen Vorbereitung. Hierbei handelt es sich vorrangig um Ortsdurchfahrten an Kreisstraßen zur Reduzierung der Lärmbelastigungen.

Darüber hinaus erfolgten 2016 weitere Baumaßnahmen an Straßen und Radwegen. Zur Erneuerung der Fahrbahnverhältnisse an Kreisstraßen konnten in 2016 auf den Streckenabschnitten

Sternhagen – Schmachtenhagen	200.000 €
Ortsdurchfahrt Bündigershof	500.000 €
Sternthal – Herzfelde	130.000 €
Falkenhagen – Schapow	230.000 €

eingesetzt werden. Insgesamt wurden 2016 also 1,5 Mio € an Kreisstraßen investiert.

Am 15.06.2016 hat der Kreistag den Beschluss gefasst, dass der Lückenschluss des Oder-Neiße-Radweges an der B 113 Mescherin – Staffelde als separater Radweg ausgebaut werden soll und die erforderlichen Eigenmittel bestätigt. Heute kann ich Sie informieren, dass Ende November 2016 der Zuwendungsbescheid vom Land für eine Anteilsfinanzierung in Höhe von 628.000 Euro eingegangen ist. Wenn alles planmäßig weiter läuft, kann dieser Radwegeabschnitt auf dem Fernradweg 2017 fertiggestellt werden.

Als Schwerpunktmaßnahmen im Schulbaubereich sind Brandschutz-ertüchtigungsmaßnahmen in einem 2. Bauabschnitt an der Willy-Gabbert-Schule Templin für ca. 270.000 Euro im Sommer 2016 zu benennen. Auch am Einstein-Gymnasium in Angermünde konnten für ca. 228.000 Euro weitere Sicherheitserfordernisse im Brandschutzbereich umgesetzt werden. An beiden Standorten soll im Jahr 2017 weiter an der Umsetzung der Gesamtkonzeption gearbeitet werden. Natürlich vorbehaltlich der heutigen Beschlussfassung des Haushaltsplanes.

Darüber hinaus wurden 2016 an verschiedenen Stellen Mittel im Gesamtumfang von ca. 320.000 Euro im Bildungsbereich eingesetzt, um nur die wesentlichen Maßnahmen an dieser Stelle zu nennen.

Es kann auch erfreulicherweise darüber berichtet werden, dass der Begleitausschuss zum EU-Programm INTERREG V A verschiedene Straßenbauprojekte zur Verbesserung deutsch-polnischer Verkehrsanbindungen auch aus dem Bereich des Landkreises Uckermark bestätigt hat. Es handelt sich hierbei um die Ortsdurchfahrt der Kreisstraße in Eickstedt, die Ortsverbindung Gramzow – Lützlow und die Ortsdurchfahrt der Landesstraße in Milmersdorf. Insgesamt sollen hier im Zeitraum von 2017 – 2019 ca. 4,7 Mio.€ eingesetzt werden, wobei davon ca. 3,5 Mio.€ aus EU-Mitteln zur Verfügung stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch das Jahr 2016 war geprägt durch die großen Herausforderungen im Zusammenhang der Unterbringung und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

Gegenwärtig ist ein Rückgang der Flüchtlingszahlen in der Uckermark zu verzeichnen. Das Land Brandenburg hat ein vorläufiges Aufnahmesoll für das Jahr 2016 von bis zu 1.131 Asylsuchenden für den Landkreis Uckermark prognostiziert.

Durch die zentrale Ausländerbehörde des Landes Brandenburg wurden in diesem Jahr bisher rund 730 neue Asylbewerber dem Landkreis Uckermark zugewiesen. Im Vergleichsjahr 2015 wurden bis zu diesem Zeitpunkt rund 1.400 Asylsuchende im Kreisgebiet aufgenommen. Gegenwärtig leben ca. 780 Asylsuchende und Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften. Rund 420 Asylbewerber werden gegenwärtig in Wohnungen untergebracht, die im gesamten Kreisgebiet verteilt sind.

In Folge der rückläufigen Zugangszahlen von Asylsuchenden sind auch im Landkreis Uckermark aktuell zahlreiche Unterbringungsplätze nicht belegt. Die Leerstandsquote beläuft sich gegenwärtig auf rund 31 %.

Daher hat der Landkreis Uckermark Bestrebungen unternommen, die Betreuung von Gemeinschaftsunterkünften vorläufig auszusetzen.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Entwicklung der Flüchtlingszahlen, der bestehenden Verträge, der Integrationsfähigkeit einer Stadt, der Unterbringungsqualität einer Liegenschaft sowie zur Sicherstellung des sozialen Friedens wird durch den Landkries Uckermark die Strategie verfolgt, dass mittelfristig eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende pro Stadt angestrebt wird.

In diesem Zusammenhang erfolgte bereits die Einstellung des Heimbetriebes der Gemeinschaftsunterkunft Schwedt -Leverkusener Straße- (ehemalige Ehm-Welk-Schule) zum 30.09.2016. Darüber hinaus erfolgt zum 31.12.2016 die Einstellung des Heimbetriebes der Gemeinschaftsunterkunft Prenzlau - Brüssower Allee.

2016 ist es uns gemeinsam gelungen, ein Konzept zur Unterbringung und Integration von Asylbewerbern, Flüchtlingen und bleibeberechtigten Ausländern im Landkreis Uckermark zu entwickeln, das Grundlage unserer Arbeit ist.

Denn auch im Jahr 2017 wird die Kreisverwaltung Uckermark vor große Herausforderungen gestellt. So gilt es, den langfristigen Integrationsprozess der Asylsuchenden und Flüchtlinge zu gestalten und zu begleiten.

Unter anderem ist für das 1. Quartal 2017 die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte vorgesehen. Damit soll die Gesundheitsversorgung sowohl für den Asylsuchenden entbürokratisiert werden, was als auch innerhalb der Kreisverwaltung Uckermark zur Entlastung der Mitarbeiter führt. Zudem wird ein niederschwelliger Zugang für Asylsuchende zum Gesundheitssystem gewährleistet, das wiederum zu einer besseren gesellschaftlichen Integration der Asylsuchende beiträgt.

Darüber hinaus strebt der Landkreis Uckermark zum 01.02.2017 den Ausbau des sogenannten Migrationsfachdienstes im Kreisgebiet an. Damit soll ein qualifiziertes Beratungsangebot für Zuwanderer und für nicht migrationsspezifische Dienste, Einrichtungen und Institutionen im Kreisgebiet geschaffen werden. Zudem ist er ein ergänzender migrationsspezifischer Fachberatungsdienst zu den Aufgaben des Sozialen Dienstes im Sozialamt Uckermark. Geplant ist eine Ausweitung der Hauptamtlichkeit, um regelmäßige Sprechstundenangebote in den Städten Angermünde, Prenzlau, Schwedt/Oder und Templin anbieten zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit der Drucksache 299/2015 hat der Kreistag beschlossen, dass zur Förderung des Sports, der Jugendfeuerwehren und der Musikschulen jährlich insgesamt 95.000 Euro aus Mitteln der Rückstellung Bildung und Teilhabe zur Verfügung gestellt werden.

Heute möchte ich Sie darüber informieren, wie dieser Beschluss umgesetzt wurde. Seit 2003 stellt der Landkreis Uckermark jährlich 94.100 € über die Richtlinie für die Vergabe von Zuwendungen zur Förderung des Sports zur Verfügung. Verwaltet und verteilt werden diese Mittel durch den Kreissportbund Uckermark.

Zusätzlich zur regulären Förderung erfolgt seit 2014 eine sogenannte Sonderförderung in Höhe von 45.000 Euro jährlich aus der Rückstellung Bildung und Teilhabe. Diese ist zeitlich begrenzt bis 2017. Damit trägt der Landkreis Uckermark einen wesentlichen Anteil daran, dass ca. 17.500 Sportlerinnen und Sportler – darunter mehr als 4.700 Kinder und Jugendliche – in 183 Sportvereinen einer aktiven sportlichen Freizeitgestaltung nachgehen können.

Für die zusätzliche Förderung der anerkannten Musikschulen im Landkreis Uckermark wurden jährlich 30.000 Euro zur Verfügung gestellt und ausgezahlt.

Die Aufteilung der Mittel erfolgte nach der Anzahl der geleisteten Unterrichtsstunden des Vorjahres.

Damit erhielten für die Jahre 2014 bis 2016 die

- Kreismusikschule Uckermark ca. 28.000 Euro (28.394,11 €)
- die Musik- u. Kunstschule Schwedt ca. 47.000 Euro (46.535,01 €) und
- die Uckermärkische Musik- und Kunstschule Angermünde ca. 14.000 Euro (13.992,98 €).

Daraus wurden Honorare, Musikbearbeitungen, Weiterbildungen, Workshops und vieles mehr gefördert werden. Es konnten aber auch Noten und Instrumente angeschafft werden.

Von der Sonderförderung aus der Rückstellung von Mitteln aus Bildung und Teilhabe haben auch die Feuerwehren profitiert. Sie erhielten jährlich 20.000 Euro, die anteilig an die beiden Feuerwehrverbände der Uckermark ausgezahlt wurden. Der Feuerwehrverband des Landkreises Uckermark erhielt insgesamt ca. 32.000 Euro und der Uckermärkische Feuerwehrverband Angermünde knapp 28.000 Euro.

Die Mittel wurden insbesondere für die Beschaffung von Bekleidung und Ausrüstung sowie für die Ausbildung von Angehörigen der Jugendfeuerwehren eingesetzt.

Sehr gut und sinnvoll angelegtes Geld, wie ich meine. Ausgehend davon bin ich froh, dass uns nachher zur Abstimmung auch noch ein Antrag aus Ihren Reihen vorliegt, diese Förderung über 2017 hinaus zu verlängern. Damit können wir diese Zuschüsse auch für die Zukunft verstetigen. Nicht zuletzt investieren wir so auch in eine Zukunftsaufgabe, fördern junge Sportler ebenso wie junge Künstler und auch in die Zukunft unserer Feuerwehren.

Zu einem anderen Thema:

Mit übereinstimmenden Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung Prenzlau und des Kreistages erfolgt in wenigen Tagen, am 1. Januar 2017, ein Schulträgerwechsel für das Christa-und-Peter-Scherpf-Gymnasium zum Landkreis Uckermark. Dank der frühzeitigen Vorbereitung durch beide Gebietskörperschaften wurde mit Schreiben des MBS vom 12. Juli 2016 der Schulträgerwechsel genehmigt.

Weitergehende Vorbereitungen und Abstimmungen erfolgten in enger Zusammenarbeit beider Schulträger. Auch die Schulleitung wurde eingebunden. Im Entwurf des vorliegenden Haushaltsplanes für 2017 und 2018 sind die erforderlichen Finanzmittel zur Absicherung des täglichen Schulbetriebes eingearbeitet. Hierfür werden ca. 428.000 Euro pro Jahr veranschlagt. Im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten sollen auch schrittweise die notwendigen Brandschutzertüchtigungen bei laufendem Schulbetrieb ab 2018 abgearbeitet werden. In 2017 ist hierfür der erforderliche Planungsvorlauf sicherzustellen.

Dem Schulträgerwechsel sehe ich sehr optimistisch entgegen. Unsere Erfahrung in den zurückliegenden Jahren zeigt, dass so ein Wechsel für Schüler, Eltern und Pädagogen eher von untergeordneter Bedeutung ist. Entscheidend ist eine angemessene Sicherstellung des täglichen Schulbetriebs. Die werden wir mit Sicherheit gewährleisten.

Gestatten Sie mir noch ein paar Worte zu zwei positiven wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region. Sicher erinnern Sie sich noch an den verheerenden Brand in der Firma Boryszew in Prenzlau. 300 Leute bangten damals um ihren Job. Auch, weil die Zusage, das Werk neu zu errichten, lange ausblieb und die Finanzierung ungewiss war.

Nachdem innerhalb von nur drei Monaten fast alle Genehmigungen seitens des Landes, aber auch der Fachämter der Kreisverwaltung für die Galvanikanlagen erteilt wurden, konnte noch 2015 mit dem Neubau begonnen werden.

So konnte Boryszew nahtlos weiterproduzieren, um keine Aufträge zu verlieren. Am Standort Prenzlau sind innerhalb kürzester Zeit knapp 22 Mio Euro investiert worden. Das Land Brandenburg fördert den Neubau mit 4 Mio Euro.

Wenn die Produktion in 2017 anläuft, werden insgesamt 350 Arbeitskräfte bei Boryszew, arbeiten, knapp ein Sechstel mehr als vorher.

Genehmigungen für solche Anlagen sind nicht unproblematisch. Aber es ist uns in enger Zusammenarbeit zwischen Bauherrn, Landkreis und Land gelungen, die schwierigen wasserrechtlichen Genehmigungen für den Betrieb von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und zum Einleiten von gewerblichen und industriellen Abwasser in das Kanalsystem der Stadt Prenzlau in recht kurzer Zeit zu realisieren.

Ein anderes Unternehmen, das in den zurückliegenden Wochen endlich wieder positive Schlagzeilen liefert ist Aleo Solar.

Sie erinnern sich? Die damalige Aleo Solar AG war in 2013 am selben Standort liquidiert worden, Mitte September 2016 eröffnete jetzt das Unternehmen, nun zum taiwanesischen Konzern "Sino American Silicon Products" gehörend am Standort Prenzlau unter dem Label Aleo Sunrise die neue Zellfabrik, die bereits bis zum Ende diesen Jahres auf vier neu gebauten Produktionslinien rund 30 Megawatt poly- und monokristalline Solarzellen produziert haben wird. Die Jahreskapazität liegt bei 100 Megawatt und kann bei Bedarf auf 200 Megawatt erweitert werden.

Dann produziert von mehr als 300 Mitarbeitern, immerhin 100 mehr als bisher.

Dass Aleo Solar auch zukünftig in der Uckermark eigene Solarzellen herstellen wird, ist ein weiterer erfreulicher Meilenstein.

Zum Abschluss meines Berichtes möchte ich Sie noch kurz über den Baufortschritt an den beiden Rettungswachen Angermünde und Gartz informieren:

Der Standort Angermünde musste den Anforderungen des Rettungsdienstes angepasst werden. Dazu baut die UEG mbH zurzeit eine neue Rettungswache in Angermünde. Ein Umzug vom alten Standort ist zum ersten Quartal 2017 geplant.

Der Kreistag hatte am 2. März 2016 die Übergabe der Rettungswache Gartz an die UEG mbH beschlossen. Die URG mbH wird weiterhin die Rettungswache an diesem Standort mieten. Erforderliche Baumaßnahmen, wie Vergrößerung der Garage und Umbau der Heizungsanlage laufen. Voraussichtlich Mitte Dezember wird der Umbau abgeschlossen sein.

Und da es inhaltlich gut passt, noch eine kurze, aber sehr erfreuliche Information: Der Bereich Neurologie der GLG Fachklinik Wolletzsee gehört zu Deutschlands Top-Rehakliniken 2017. Dies wurde der Geschafteleitung jetzt mit Urkunde und Siegel von Focus Gesundheit bescheinigt. Auf Basis einer unabhängigen Datenerhebung gingen dafür u.a. Empfehlungen von Ärzten, medizinischen Fachgesellschaften, Selbsthilfeverbänden und Sozialdienstmitarbeitern ein.

Werte Damen und Herren,

mit meinem Bericht, den Sie ab morgen selbstverständlich auch wieder auf unserer Internetseite finden werden, habe ich versucht, Ihnen einen kleinen Einblick in die Fülle der Aufgabenbereiche zu geben und Sie darüber zu informieren, wie die Beschlüsse des Kreistages umgesetzt werden.

Ich wünsche der Kreistagssitzung einen erfolgreichen Verlauf und Ihnen und Ihren Familien ein frohes, gesundes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.